



Nr. 160 | 09.11.2023

Zentralasien-Analysen

- Turkmenen in Iran
- Konferenz »Energy transition, Sustainability and Inclusive Development in Central Asia«

■ ANALYSE

Die *Turkman Sahara* zwischen imperialer Aufteilung, kolonialer Fremdherrschaft und nationalstaatlicher Marginalisierung: Zur historischen und aktuellen Lage der Turkmenen in Iran
Von Jousef Kor (Berlin) 2

■ KARTE

Das Grenzgebiet zwischen Iran und Turkmenistan mit iranischer *Turkman Sahara* 6

■ DOKUMENTATION

Herausforderungen bis zum Abwinken...Chancen aber auch: Bericht zur Konferenz »Energy transition, Sustainability and Inclusive Development in Central Asia« in Berlin vom 20. Juni 2023 7

■ CHRONIK

12. Juli –16. Oktober 2023 10
Kasachstan 10
Kirgistan 14
Tadschikistan 19
Turkmenistan 22
Usbekistan 27

Die *Turkman Sabra* zwischen imperialer Aufteilung, kolonialer Fremdherrschaft und nationalstaatlicher Marginalisierung: Zur historischen und aktuellen Lage der Turkmenen in Iran

Von Jousef Kor (Berlin)

DOI: 10.31205/ZA.160.01

Zusammenfassung

Das traditionelle Siedlungsgebiet der Turkmenen wird heute vor allem mit dem staatlichen Territorium von Turkmenistan assoziiert, wenn nicht sogar gleichgesetzt. Dabei wird jedoch oft vergessen, dass Turkmenen auf beiden Seiten des Flusses Atrak leben, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die imperialen Einflusszonen von Russland und Iran markierte und 1881 vertraglich als imperiale Grenze formalisiert wurde. In seinem Unterlauf vor seiner Mündung ins Kaspische Meer stellt der Atrak bis heute einen Teil der Grenze zwischen Iran und Turkmenistan dar. Im Gegensatz zum Beispiel zur Durand-Linie zwischen Afghanistan und Pakistan oder der Grenze zwischen dem tadschikischen und afghanischen Badachschan handelt es sich hierbei um einen weniger bekannten Fall von kolonialer Grenzziehung im 19. Jahrhundert mit anhaltender Bedeutung für das heutige Zentralasien. Auch in diesem Fall haben externe Kolonialmächte ohne Rücksicht auf lokale Vorstellungen und Praktiken von Raumbeziehung eine Grenze durch das traditionelle Siedlungsgebiet der Turkmenen gelegt. Der Beitrag möchte einen Einblick in diese wenig bekannte Geschichte der iranischen Turkmenen geben und zentrale Entwicklungen ihrer Ethnogenese im Kontext von kolonialer Fremdherrschaft und antikolonialer Autonomiebestrebung nachzeichnen. Die Nachwirkungen von imperialer Geopolitik und die andauernde Marginalisierung und Unterdrückung durch die iranische Zentralregierung definieren bis heute die Lage der ca. eine Million Turkmenen in den iranischen Provinzen Golestan, Nord-Chorasan und Razavi-Chorasan.

Die *Turkman Sabra* im 19. Jahrhundert: Aufteilung, Fremdherrschaft und Widerstand

Um die aktuelle Lage der Turkmenen in Iran zu verstehen ist ein Blick in die Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und auf die damalige regionale Geopolitik notwendig. Nach dem Ende des Ersten Russisch-Persischen Krieges im Jahr 1813 einigten sich das Russische Kaiserreich und der Iran unter der Kadscharen-Dynastie im Vertrag von Golestan auf die Festlegung der gemeinsamen Grenze im Südkaukasus. Die Klärung der Grenz-Frage im Westen ließ jedoch die ungelöste Grenz-Frage auf der Ostseite des Kaspischen Meeres offen. Hier bezogen sich imperiale Machtprojektionen Russlands und Irans auf die *Turkman Sabra* (»Turkmenenwüste«), das traditionelle Siedlungsgebiet der Turkmenen. Heute wird mit dem Begriff die überwiegend von Turkmenen bewohnte Gorgan-Ebene in der iranischen Provinz Golestan gemeint, historisch bezieht sich der Name jedoch auf das gesamte turkmenische Siedlungsgebiet um das Kopet-Dag-Gebirge zwischen Kaspischem Meer, Karakumwüste und der Oase von Merw (Mary) im heutigen Turkmenistan. Im Gegensatz zu Turkmenistan, wo sich seit der Schaffung der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik im Jahr 1924 eine neue politische Vorstellung von turkmenischer Territorialität

durchgesetzt hat, wird der geographisch konnotierte Begriff unter den iranischen Turkmenen bis heute verwendet. Vor allem in der persischsprachigen Historiographie wird die *Turkman Sabra* als imperiales Grenzland beschrieben, im dem die staatliche Autorität des iranischen Shahs durch den weitläufigen Raum der Wüste in die »Stammesterritorien« angeblich »wilder« und »unregierbarer« Nomaden verblasste (vgl. Khazeni 2007).

Das Russische Reich hat die Unfähigkeit der Kadscharen, in der *Turkman Sabra* staatliche Autorität durchzusetzen, erkannt und strategisch zur Schwächung des Iran ausgenutzt. So rebellierten 1813 Yomut-Turkmenen vermutlich mit russischer Unterstützung gegen den kadscharischen Shah in Astarabad (heute Gorgan). Auch genoss Kiyat Khan, das Oberhaupt der turkmenischen Dschafarbai-Dynastie, russische Unterstützung bei seinen Streifzügen in iranisches Territorium, nach denen er sich jedes mal wieder unter die Protektion russischer Oberherrschaft am Ufer des Kaspischen Meeres zurückziehen konnte (Eden 2018, S. 174–175). Das System der indirekten Herrschaft verhinderte jedoch nicht, dass die Turkmenen auch russische Soldaten und Beamte gefangen nahmen, um sie dann für die Zahlung von Lösegeldern wieder freikaufen zu lassen.

Mit dem Ende des zweiten Russisch-Persischen Krieges 1828 erlegte das Russische Reich der iranischen Seite

den Vertrag von Turkmentschai auf, der das Kaspische Meer zur ausschließlich russischen Einflusszone erklärte und Iran *de facto* in einen Klientelstaat des Russischen Reiches verwandelte. Gleichzeitig war St. Petersburg an keiner weiteren Schwächung Irans interessiert (Morrison 2020, S. 410). Daher ging Russland erneut in direkte Gespräche mit der iranischen Seite, um eine Lösung für die Grenz-Frage auf der östlichen Seite des Kaspischen Meeres zu finden. Trotz der Proteste von Kiyat Khan konnten sich beide Seiten bis 1839 informell auf ihre jeweiligen imperialen Einflusszonen einigen. So versicherte die russische Seite der iranischen Regierung, den Fluss Atrak als *de-facto*-Grenze des Kadscharischen Reiches anzuerkennen. Damit war der Weg frei, das Territorium der schiitischen Kadscharen weit in die Siedlungsgebiete der sunnitischen Turkmenen auszudehnen.

Mit der informellen Aufteilung der *Turkman Sabra* begannen beide Imperialstaaten eine mehrere Jahrzehnte andauernde Kampagne zur »Befriedung« der »widerspenstigen« Turkmenen auf »ihrer« jeweiligen Seite des Atrak. Das wichtigste Mittel zur Durchsetzung ihrer imperialen Herrschaftsansprüche gegenüber den Turkmenen war für beide Seiten schließlich Gewalt, darunter militärische Kampagnen gegen turkmenischen Siedlungs- und Weidegebiete (*ayyl*), die Ermordung von turkmenischen Oberhäuptern und Adligen sowie die Vertreibung einzelner Gruppen. Größere Angriffe der Iraner gegen die Turkmenen erfolgten 1858 in Karr-e Qal'a und 1860 in Merw. Die kadscharische Herrschaft über die Turkmenen blieb jedoch schwach und unvollständig. Im Rahmen der weiteren Landexpansion des Russischen Reiches nach Zentralasien führte die russische Armee 1879 ihre erste großangelegte Militärikampagne gegen die Turkmenen unter der Teke-Dynastie in Gök-Tepe durch, wobei der russische Angriff jedoch am hartnäckigen Widerstand der Turkmenen scheiterte.

Im Dezember 1880 begann die zweite russische Kampagne zur militärischen Unterwerfung der Teke, die schließlich in der zweiten Schlacht bei Gök-Tepe im Januar 1881 gipfelte. Diesmal waren die Turkmenen der massiven Feuerkraft der russischen Armee unterlegen, die nach dem Überwinden der Festungsmauern ein Massaker unter der fliehenden turkmenischen Bevölkerung der Stadt anrichtete. Die Schlacht und das anschließende Massaker gelten bis heute als eine der blutigsten Episoden der imperialen Expansion des Russischen Reiches in Zentralasien. Nachdem die Turkmenen nördlich des Atrak fortan der direkten Kolonialherrschaft Russlands unterworfen waren, erhielt die bisher nur informell gelöste Grenzfrage neue Relevanz. Im September 1881 kamen beide Seiten darin überein, den Fluss Atrak im Vertrag von Ahal als *de-jure*-Grenze zwischen den Imperialstaaten zu formalisieren. Im selben Jahr territorialisierte die russische Kolonialmacht ihre Herrschaft auf dieser Seite des Kaspischen Meeres durch die Schaffung

des Gebietes Transkaspien als Teil des 1867 gegründeten Generalgouvernement Turkestan.

Da der Vertrag von Ahal mit Bezug auf die Oase von Merw uneindeutig war, befürchtete Russland ein Ausgreifen der nun vertraglich verbrieften iranischen Souveränität von Chorasan nach Merw (Morrison 2020, S. 466). Gleichzeitig nahm man in St. Petersburg wahr, dass Iran für eine Annexion der Oase zu schwach sein würde, was wiederum einen Aufstand der Turkmenen ermöglichen könnte. Um die eigene Herrschaft über die Turkmenen zu konsolidieren und eine Expansion des Iran verhindern, annektierte Russland 1884 schließlich die Oase von Merw inklusive der dort lebenden Turkmenen. Der Widerstand der Turkmenen war damit endgültig gebrochen und flammte erst mit dem Zerfall des Russischen Reiches im Ersten Weltkrieg wieder auf, als sich die turkmenische Bevölkerung am allgemeinen Aufstand gegen die russische Herrschaft in Zentralasien beteiligte. In diesem Zusammenhang beging die russische Armee 1916 im östlichen Teil der *Turkman Sabra* auf heute turkmenistanischer Seite weitere Massaker an turkmenischen Zivilisten.

Die *Turkman Sabra* im frühen 20. Jahrhundert: Reform, Revolution und Autonomie

Im frühen 20. Jahrhundert wurden turkmenische Intellektuelle auf beiden Seiten des Atrak von den reformislamischen Ideen des krimtatarischen Lehrers und Herausgebers Ismail Gasprinski erfasst. Dieser warb seit dem späten 19. Jahrhundert unter den muslimischen Bevölkerungsgruppen des Russischen Reiches für eine tiefgreifende soziokulturelle Transformation durch die Einführung moderner Lehrmethoden und -inhalte nach gleichermaßen islamischen und westlichem Vorbild. Turkmenische Studenten, die in Baku, Istanbul oder Ufa mit der Lehre Gasprinskis in Kontakt gekommen sind, eröffneten nach ihrer Rückkehr Schulen, in denen mit Hilfe der »neuen Lehrmethode« (*usul-i jadid*) neben Koranexegese Fächer wie Mathematik, Geographie und Geschichte gelehrt wurden. Im Gegensatz zu den traditionellen arabischsprachigen *mekteps* und den russisch- oder persischsprachigen Schulen der beiden Kolonialmächte, lag der Fokus in diesen Schulen auf der turkmenischen Sprache und Literatur. Die Fähigkeit zum Lesen und Schreiben und die Beherrschung von Literatursprache galten für die Reformer schließlich als Grundvoraussetzung für die Modernisierung der turkmenischen Gesellschaft (Clement 2018, S. 21). Auch wenn diese Reformer zahlenmäßig wenig waren, waren sie die ersten, die ab den 1910er Jahren eine turkmenische Nationalidentität formulierten, die sie vor allem aus dem Turkmenischen als eigenständiger Turksprache ableiteten.

Der Zerfall des Russischen Reiches, die Machtergreifung der Bolschewiki und der anschließende Bürgerkrieg

ermöglichten den turkmenischen Reformern auf beiden Seiten des Atrak, ihren Vorstellungen von einer modernen turkmenischen Nation durch Forderung nach politischer und kultureller Autonomie Ausdruck zu verleihen. Der Diskurs der turkmenischen Reformer deckte sich mit dem Ziel der bolschewikischen Nationalitätenpolitik, durch die Gründung nationaler Territorien, die Vereinheitlichung und Latinisierung von Nationalsprachen, die Ausbildung nationaler Kader und Kampagnen zur Massenalphabetisierung eine Modernisierung »rückständiger« Bevölkerungsgruppen zu erzwingen. Schließlich erkannte auch Lenin den Atrak als Grenze an. Die Turkmenen der *Turkman Sabra* blieben damit zwar geteilt, gleichzeitig wurde so der Weg für die Etablierung einer turkmenischen Autonomie unter sowjetischer Herrschaft geebnet. Nachdem Aschgabat zwischen 1918 und 1920 kurzzeitig unter menschewikische Herrschaft gefallen war, wurde das Gebiet Transkaspien in die 1918 gegründete Turkestanische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert. Am 27. Oktober 1924 wurde nördlich der Flüsse Atrak und Sumbar (einem Zufluss des Atrak) mit Gaygysyz Atabajew als erstem Premierminister die Turkmenische SSR gegründet, aus der 1991 schließlich das unabhängige Turkmenistan hervorging.

Die revolutionären Entwicklungen im Gebiet Transkaspien ermutigten auch die Turkmenen unter iranischer Herrschaft zu einer nachdrücklicheren Forderung nach Autonomie. Am 4. März 1919 kamen die adligen Oberhäupter der turkmenischen Gruppen des Iran in Gonbad-e Qabus zu einer Nationalversammlung zusammen. Die Versammlung rief das autonome Gebiet der iranischen Turkmenen aus und wählte den Gelehrten Osman Ahun zu ihrem politischen Oberhaupt. Die Kadscharen-Dynastie war durch die konstitutionelle Revolution seit 1905 geschwächt, während die Russischen Revolutionen von 1917 National- und Autonomiebewegungen von ethnischen Minderheiten in der iranischen Peripherie befeuerten. 1920 gründeten Autonomisten in der nordwestlichen Provinz Gilan am Kaspischen Meer die Iranische Sozialistische Sowjetrepublik und drohten mit Hilfe der Roten Armee nach Teheran zu marschieren. Um eine weitere Sowjetisierung des Iran zu verhindern inszenierte der Brigadegeneral Reza Pahlavi im Februar 1921 mit britischer Unterstützung einen Militärputsch gegen Ahmad Shah Qajar. Direkt nach der Errichtung seiner Militärdiktatur begann Reza mit der Niederschlagung der nationalen Autonomiebewegungen und der gewaltsamen Reintegration abtrünniger Gebiete in Gilan, Mazandaran und Chorasan. Die turkmenische Autonomie in der *Turkman Sabra* wurde 1925, sechs Jahre nach ihrer Gründung, durch vier Divisionen der iranischen Armee brutal niedergeschlagen. Die *Turkman Sabra* kam damit endgültig unter dauerhafte direkte

iranische Herrschaft. Der Widerstand der Turkmenen war schließlich eines der letzten Hindernisse für Rezas persönliche Ambitionen auf dem Weg zur vollständigen Machtergreifung. Im Dezember 1925 begründete Reza die Dynastie der Pahlavi und ließ sich zum ersten Shah des neuen »Imperialstaates Persien« ernennen.

Die iranischen Turkmenen seit 1925: Marginalisierung, Enteignung und Hoffnung

Um sein Regime zu konsolidieren begann Reza mit einer bis dahin beispiellosen Kampagne zur Assimilation von ethnischen Minderheiten in den neuen Staat, der gemäß seiner Vorstellungen von einer modernen und homogenen iranischen Nation umgestaltet werden sollte. Die Mittel zur Zwangs-Persifizierung der iranischen Peripherie waren erneut militärische Gewalt, staatliche Repression und institutionalisierter Chauvinismus, der sich vor allem gegen die kleineren Minderheiten wie die Turkmenen richtete. In der iranischen *Turkman Sabra* wurden alle turkmenischsprachigen Schulen geschlossen und Persisch als alleinige National- und Verkehrssprache durchgesetzt. Die Eröffnung turkmenischer Bibliotheken wurde verboten. Um Rezas Herrschaft zu entgehen flohen mehrere Zehntausend Yomut-Turkmenen von der Gorgan-Ebene in die Turkmenische SSR. Gleichzeitig profitierten die iranischen Turkmenen von den grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, die nach einem 1921 geschlossenen Freundschaftsvertrag zwischen Sowjetrussland und Iran aufblühten (der Vertrag wurde noch unter kadscharischer Herrschaft geschlossen aber später von Reza anerkannt). Die Möglichkeiten zum Austausch zwischen den iranischen und sowjetischen Turkmenen verschlechterten sich erst mit dem Beginn der sowjetischen Zwangskollektivierung ab 1929, die eine neue Fluchtbewegung von Turkmenen auslöste, diesmal aus der Sowjetunion in den Iran (Sneath 2007, S. 142). Im Verlauf der 1930er Jahre kühlten die iranisch-sowjetischen Beziehungen weiter ab, nachdem Reza damit begann die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich massiv auszubauen, um den sowjetischen und britischen Einfluss auszubalancieren.

Da Reza Angst vor sowjetischen Spionen unter den Ankömmlingen hatte, nahm die Repression gegenüber den Turkmenen zu. Gleichzeitig kopierte er von Stalin die Praxis, die Turkmenen durch erzwungene Sesshaftwerdung besser kontrollierbar zu machen. Dafür ließ er den iranischen Teil der *Turkman Sabra* auf Beschluss des iranischen Scheinparlamentes zu seinem privaten Eigentum erklären, für das er eine eigene Verwaltungsstruktur einrichtete. Diese Behörde setzte die Turkmenen auf ihren eigenen Weideflächen fortan als unbezahlte Arbeiter ein. Nachdem der Widerstand gegen dieses neofeudale System zunahm, wurden die Weideflächen zu übersteuerten Preisen teilweise wieder an die Turkmenen

zurückverkauft. Nach einer Unterbrechung während der sowjetischen Besatzung Nordirans zwischen 1941 und 1946 wurde die systematische Enteignung der iranischen Turkmenen unter der Herrschaft von Mohammad Reza Pahlavi, Rezas Sohn und Nachfolger, wiederaufgenommen. General Mousaian wurde als Sonderbeauftragter des Shahs eingesetzt, um turkmenisches Land an Offiziere der Armee, einflussreiche Personen aus der Verwaltung und private Großgrundbesitzer zu verkaufen. Auf diese Weise wurden bis in die 1960er allein im Bezirk Akkala weitere 8.000 ha Land von den iranischen Turkmenen enteignet. Zudem wurde der Zuzug von ethnischen Iranern aus anderen Landesteilen in die turkmenischen Gebiete staatlich gefördert. Zu diesem Zeitpunkt war der Austausch zwischen den iranischen und sowjetischen Turkmenen bereits zum Erliegen gekommen, nachdem die iranisch-sowjetische Grenze, die seit 1935 geschlossen war, mit Beginn des Kalten Krieges zu einer hermetisch versiegelten Barriere zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Lager wurde.

Wie andere ethnische Minderheiten auch haben die iranischen Turkmenen gehofft, mit der Revolution von 1978 ihre kulturellen und politischen Rechte wiedererlangen zu können. Entsprechend lautete der turkmenische Slogan während der Revolution »Wir müssen lesen, wir müssen schreiben, wir fordern turkmenische Schulen und die Rückgabe des enteigneten Landes« (*Oku gerek, had gerek, turkmençe mahtap gerek, elden gedenin yerleri kayterip almak gerek*). Wie in den revolutionären Jahren der 1920er konnten die iranischen Turkmenen die Zeit zwischen dem Zerfall der iranischen Monarchie und der Errichtung der islamistischen Mullah-Diktatur für die Stärkung ihrer Minderheitenrechte nutzen. Ein Bündnis aus turkmenischen Intellektuellen

und progressiven Aktivisten etablierte 1979 eine weitere inoffizielle Autonomie in der iranischen *Turkman Sabra*. Diese Phase ist unter den iranischen Turkmenen bis heute bekannt als »Zeit des Rechts und der Exekutive« (*Doure-ye kanun wa setad*). Wie ihr Vorgänger von 1919 wurde auch diese Autonomie blutig beendet, als das islamistische Regime in Teheran die turkmenischen Bestrebungen nach politischer Anerkennung 1980 mit militärischer Gewalt und unter Begehung zahlreicher Verbrechen militärisch niederschlug.

Gegenwart und Ausblick

Seit der Niederschlagung der zweiten turkmenischen Autonomie ringen die iranischen Turkmenen vergeblich für die Anerkennung ihrer politischen und kulturellen Rechte als nationaler Minderheit. Obwohl die Verfassung der Islamischen Republik Iran von 1979 für nationale Minderheiten den Unterricht in ihrer Erstsprache vorsieht, gibt es in der *Turkman Sabra* bis heute keine turkmenischsprachigen Schulen. Auch in anderen Punkten hat sich die Situation der iranischen Turkmenen seit 1925 bzw. 1979 nicht verändert. Die Wahlkreise in der Provinz Golestan sind seit der Pahlavi-Zeit zum Nachteil der Turkmenen unverändert geblieben. Öffentliche Ämter in Regional- und Lokalverwaltungen werden weiterhin von schiitischen Iranern besetzt, die den sunnitischen Turkmenen aus ethnischen oder religiösen Gründen oft feindlich gesinnt sind. Bis heute sind die Turkmenen eine der am wenigsten repräsentierten und eine der am meisten entrechteten nationalen Minderheiten in Iran. Aber der Kampf der Turkmenen für ihre Rechte geht weiter und bleibt integral im Kampf von allen nationalen Minderheiten für Demokratie und Menschenrechte in Iran, in der Region und in der Welt.

Über den Autor

Jousef Kor ist iranisch-turkmenischer Autor und Aktivist in Berlin, der hauptsächlich zur Geschichte und aktuellen Situation der Turkmenen in Iran forscht und schreibt.

Lesetipps / Bibliographie

- Clement, Victoria. 2018. *Learning to Become Turkmen: Literacy, Language, and Power, 1914-2014*. University of Pittsburgh Press.
- Eden, Jeff. 2018. *Slavery and Empire in Central Asia*. Cambridge University Press.
- Khazeni, Arash. 2007. The Turkmen in Eighteenth and Nineteenth Century Persian Chronicles. *Central Eurasian Studies Review* 6 (1/2): 8–13. https://web.archive.org/web/20120211133055/http://www.cesr-cess.org/pdf/CESR_06_12.pdf
- Morrison, Alexander. 2020. *The Russian Conquest of Central Asia: A Study in Imperial Expansion, 1814-1914*. Cambridge University Press.
- Saray, Mehmet. 1989. *The Turkmen in the Age of Imperialism: A Study of the Turkmen People and Their Incorporation Into the Russian Empire*. Columbia University Press.
- Savory, Roger. 1980. *Iran Under the Safavids*. Cambridge University Press.
- Sneath, David. 2007. *The Headless State: Aristocratic Orders, Kinship Society, and Misrepresentations of Nomadic Inner Asia*. Columbia University Press.

KARTE

Das Grenzgebiet zwischen Iran und Turkmenistan mit iranischer *Turkman Sahra*

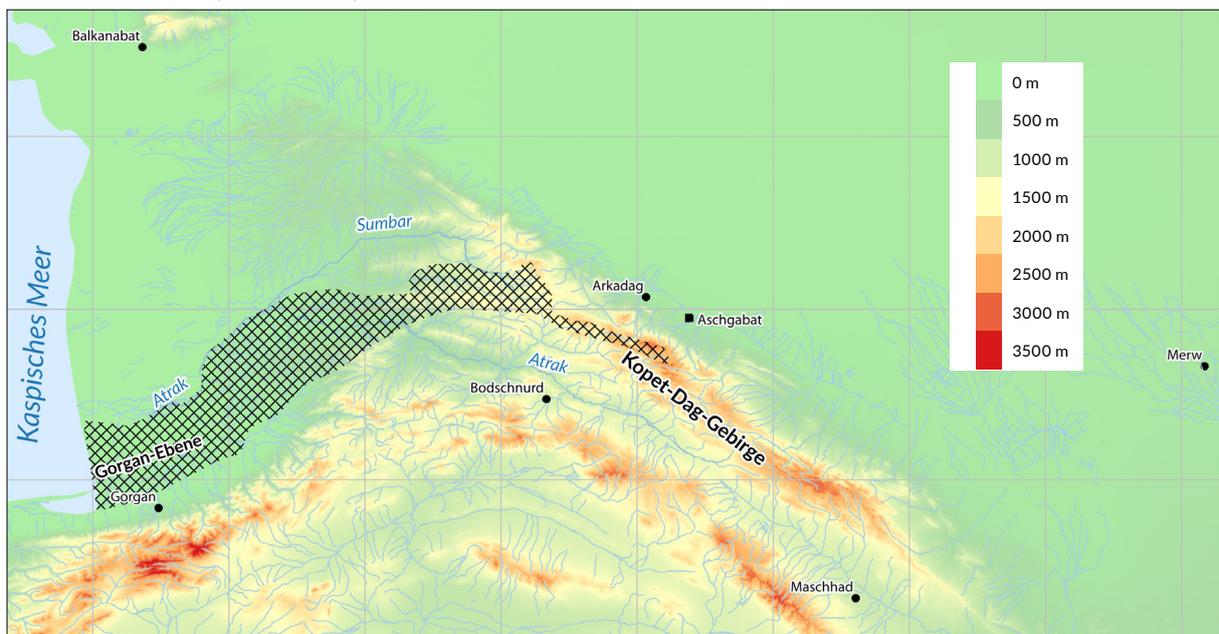
Karte 1: Das Grenzgebiet zwischen Iran und Turkmenistan mit iranischer *Turkman Sahra* – heutige administrative Gliederung



Das kreuzweise schraffierte Gebiet ist das ungefähre Gebiet der iranischen Turkman Sahra nach heutigem Verständnis.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org/copyright>).

Karte 2: Das Grenzgebiet zwischen Iran und Turkmenistan mit iranischer *Turkman Sahra* – topografische Karte (Höhenrelief)



Das kreuzweise schraffierte Gebiet ist das ungefähre Gebiet der iranischen Turkman Sahra nach heutigem Verständnis.

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org/copyright>), und DIVA-GIS (<https://www.diva-gis.org/gdata>) sowie Satellitendaten (NASA/METI/AIST/Japan Spacesystems and U.S./Japan ASTER Science Team (2019). ASTER Global Digital Elevation Model NetCDF V003. NASA EOSDIS Land Processes Distributed Active Archive Center. Accessed 2023-11-04 from https://doi.org/10.5067/ASTER/ASTGTM_NC.003).

Herausforderungen bis zum Abwinken...Chancen aber auch: Bericht zur Konferenz »Energy transition, Sustainability and Inclusive Development in Central Asia« in Berlin vom 20. Juni 2023

Laut dem Weltklimarat der UN ist Zentralasien eine der Weltregionen, die am schwerwiegendsten von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein wird. Zentralasien erwärmt sich bereits jetzt schneller als der weltweite Durchschnitt, was sich unter anderem in einer raschen Zunahme von Aridisierung, Desertifikation und Boden-degradierung in der Region zeigt. In der Folge steigt die Vulnerabilität in Bereichen wie Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Luftqualität sowie Transport und Mobilität (Daloz 2023). Im Juli sah sich der Präsident Kirgistans dazu gezwungen, einen dreijährigen Notstand im Energiesektor zu verhängen, da die nationale Stromversorgung aufgrund eines dramatisch niedrigen Pegelstandes im größten Wasserkraftwerk des Landes kurz vor dem Kollaps stand. Im kasachstanischen Gebiet Mangystau wurde im Juni der Notstand ausgerufen, nachdem der Wasserstand des Kaspischen Meeres einen für die Schifffahrt kritischen Pegel unterschritten hatte. Afghanistan gehört weltweit sogar zu jenen Ländern, in denen der Klimawandel mit einer seit drei Jahren andauernden Dürre bereits das Ausmaß einer humanitären Katastrophe annimmt (IRC 2023), während durch Starkregen ausgelöste Überflutungen u. a. in Kabul und Maidan Wardak im Juli mindestens 31 Menschen das Leben gekostet haben. Zur Abmilderung der auch durch westliche Sanktionen verschärften Ernährungsunsicherheit haben die seit 2021 regierenden Taliban den Bau des Kusch-Tepa-Kanals in Nordafghanistan wiederaufgenommen, der durch eine jährliche Abzweigung von bis 15 % der Wassermenge vom Amu Darja wiederum zu Wassermangel in Usbekistan und Turkmenistan führen und die dortige Landwirtschaft gefährden könnte (Pannier 2023).

Trotz der eigentlich gebotenen Dringlichkeit sind der Klimawandel, seine Auswirkungen und die Frage, wie ihm die Menschen in der Region begegnen, eine der am wenigsten erforschten Thematiken im Feld der Zentralasienstudien (Vakulchuk *et al.* 2023). Diese klaffende Lücke in der Wissenschaft macht es daher umso notwendiger, dass sich Experten zum Zweck der Kooperation vernetzen, um das verfügbare Wissen zu bündeln und zur Entwicklung von innovativen und inklusiven Lösungen für eine erfolgreiche Energiewende auf nachhaltiger und sozialer Basis nutzbar zu machen. Genau darum ging es schließlich bei der eintägigen Konferenz »Energy transition, Sustainability and Inclusive Development in Central Asia«, die am 20. Juni 2023 im Global Village Berlin stattfand und vom Nachhaltigkeits-Think-Tank SPCE Hub, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Intersectoral School of Governance Baden-Württemberg (IsoG BW) organisiert wurde. Die Konferenz bildete den Abschluss einer zehntägigen Studienreise von Nachhaltigkeitsexperten aus Zentralasien, die u. a. *Living Labs* zur Energiewende in Deutschland besucht haben. Während der zwei Podien zu den Themen »Energie und Energiewende in Zentralasien« und »Nachhaltigkeit, Inklusion und Partizipation« stellten sich die Diskussions Teilnehmer aus Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Deutschland schließlich gemeinsam der zentralen Frage, unter welchen Bedingungen gegenseitiges Lernen und der Austausch von Wissen und Erfahrung am besten in wirkungsvolle Energie- und Nachhaltigkeitsprojekte übersetzt werden können.

Nach einer Einführung von SPCE-Hub-Mitbegründer Sebastian Schiek diskutierten ZOiS-Zentralasienexpertin Beate Eschment und Aijan Sharshenova vom Think Tank Crossroads Central Asia (Bischkek) aktuelle politische Trends in Zentralasien. Sharshenova beobachtet wie Russlands Angriffskrieg in der Ukraine die westliche Wahrnehmung von Zentralasien verändert hat und die Region aufgrund ihrer geographischen Lage zwischen China und Europa und ihrer Fülle an fossilen wie alternativen Energiequellen zuletzt vermehrt in den Fokus westlicher Interessen gerückt ist. Für die Menschen in Zentralasien sei der Klimawandel bittere Erfahrungsrealität, die sich in der Erosion landwirtschaftlicher Lebensgrundlagen und der Zunahme von sozioökonomischer Unsicherheit manifestiert. Auf soziale Unzufriedenheit reagieren die herrschenden Regime mit autoritärer Repression, weshalb im Gegenzug das Gewaltpotential von Protesten zunimmt. In hochgepriesenen Reformprogrammen der Präsidenten von Kasachstan und Usbekistan erkennt Sharshenova lediglich »nationales Rebranding«, unter dem aber kein tatsächlicher Wandel stattfindet. In Fragen der Zusammenarbeit zwischen Europa und Zentralasien sollte das Ziel schließlich die Etablierung von Partnerschaften auf Augenhöhe sein.

Im Rahmen des ersten Podiums zum Thema »Energie und Energiewende in Zentralasien« diskutierten Bahtiyor Eshchanov, Energieökonom an der Internationalen Landwirtschaftsuniversität Taschkent, Alexey Kobzev von der Deutsch-Kasachischen Universität in Almaty, die QazaqGreen-Vorstandsvorsitzende Ainur Sospanova und Yana Zabanova vom Potsdamer Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) Stand und Perspektiven der Energiewende in Zen-

tralasien. Moderiert wurde die Diskussion von ZOIS-Wissenschaftlerin Beril Ocakli. Vor allem Kasachstan und Usbekistan stehen vor der Herausforderung, von einem kohlenwasserstoffzentrierten Wirtschafts- und Wachstumsmodell, das auf dem Export von fossilen Energieträgern basiert, zu einer flächendeckenden Green Economy mit erneuerbaren Energien als Grundlage überzugehen. Im Angesicht von Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie schrumpfenden Reserven oder stagnierenden Förderkapazitäten werden sich beide Länder zwischen 2024 und 2026 von Nettoexporteuren in Nettoimporteure von Erdgas verwandeln. Usbekistan hat im Oktober mit dem Import von Erdgas aus Russland begonnen, um den immer schneller wachsenden Bedarf auf dem Binnenmarkt abdecken und gleichzeitig eigene Exportverpflichtungen gegenüber China weiterbedienen zu können. Vor diesem Hintergrund stellt sich der Umstieg auf Green Economy immer weniger als lediglich anzustrebende Option denn als wirtschaftlicher Sachzwang dar, unter dem Erdgas nur noch die Rolle einer Brückentechnologie zukommen kann.

Dabei ist bisher nicht abzusehen, wie Kasachstan und Usbekistan der massiven Herausforderung begegnen werden, die das über Jahrzehnte etablierte Modell einer kohlenwasserstoffzentrierten Wirtschaft für den grünen Wandel darstellt. Auch ist schwer zu antizipieren, wie sich die für den grünen Wandel notwendige Diversifizierung der Wirtschaft auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten auswirken wird. Im Dezember 2021 haben die Präsidenten beider Länder die strategische Partnerschaft offiziell auf das Niveau eines Bündnisses gehoben und damit einen neuen Maßstab für die regionale Zusammenarbeit im bilateralen Format definiert. Der Übergang zu erneuerbaren Energien, der bedeutende Investitionen und Technologietransfers voraussetzt, könnte gleichermaßen den innerregionalen Wettbewerb verstärken als auch ein Kooperationsfeld eröffnen, um die neue Allianz mit Inhalt und gemeinsamer Agenda zu füllen. So vermag Usbekistan das große Potential zur Erzeugung von sauberer Energie bisher nur langsam umsetzen, da der grüne Wandel dort vor allem staatlich implementiert wird und es bisher auch keinen Plan für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen gibt. Derweil hat Kasachstan bereits 2017 ein Konzept vorgelegt, um mehr Privatinvestitionen für den Ausbau erneuerbarer Energien anzuziehen, u. a. durch »grüne Anleihen« und die Einführung eines Systems für elektronische Auktionen. Dem Mangel an heimischen Akteuren für den Aufbau von Kapazitäten in Usbekistan können vor allem internationale Finanzakteure mit der Stärkung des usbekischen Privatsektors entgegenwirken. Ein weiteres Problem besteht darin, dass es in Zentralasien bisher zu wenig Studenten im Feld der erneuerbaren Energien gibt, dem mit mehr Studienangeboten und -anreizen Abhilfe verschafft werden könnte. Zuletzt wurde auf dem Podium betont, dass Zentralasien das »fehlende Verbindungsstück« für den grünen Wandel im weiteren Eurasien ist, nachdem die Region seltene Erden und andere Mineralien liefern kann und gleichzeitig das Potential aufweist, zum zentralen Knotenpunkt für die Bereitstellung von grünem Wasserstoff zu werden. Während ihres Besuches in Astana im Oktober 2022 hat die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock schließlich die Eröffnung eines »Wasserstoffdiplomatiebüros« angekündigt, das den geplanten Handel mit diesem zukunftsträchtigen Energieträger zwischen Kasachstan und Deutschland organisieren soll.

Im Rahmen des zweiten und letzten Podiums zum Thema »Nachhaltigkeit, Inklusion und Partizipation« diskutierten Henryk Alff von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Kubatbek Muktarbek uulu von der Technischen Universität Bischkek, Ainura Sagynova, Gründerin von TAZAR, einer Initiative zur Abfallverringerung in Kirgistan, sowie Nadira Rakhimova von Tech4Impact, einer im Feld grüne Innovationen und weibliches Unternehmertum tätigen NGO in Usbekistan. Moderiert wurde die Diskussion von Sebastian Schiek. Als zentrale Herausfor-



Podium zum Thema Nachhaltigkeit, Inklusion und Partizipation mit Sebastian Schiek, Henryk Alff, Ainura Sagynova, Nadira Rakhimova und Kubatbek Muktarbek uulu (v.l.n.r.) (©DorotheaTuch)

derungen für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung wurden das Problem der Finanzierung und die Schwierigkeit der »Hochskalierung« von erfolgreichen Projekten identifiziert. Diese sind mittlerweile zahlreich und erstrecken sich allein in Usbekistan und Kirgistan über Bereiche wie Abfallentsorgung und –Wiederverwertung, die Förderung von weiblichem Unternehmertum oder den Ausbau von Radinfrastruktur in Bischkek, um Radfahren gleichzeitig sicherer und attraktiver zu machen. Laut Kubatbek Muktarbek uulu verdeutlicht die »Radfrage« sinnbildlich die Notwendigkeit, nationale Verkehrsstandards zu entwickeln, die auf die spezifische Verkehrssituation in Kirgistan zugeschnitten sind; die bloße Übernahme von deutschen Verkehrsstandards in den kirgisischen Kontext reiche nicht aus. Ainura Sagynova hat wiederum auf die inhärente Multidimensionalität von inklusiven Entwicklungsansätzen hingewiesen. So konnten für die Verbreitung und Beschleunigung des erfolgreichen Abfallentsorgungsprojektes ihrer Initiative TAZAR religiöse Autoritäten wie Imame von Moscheen als »Multiplizierer« gewonnen werden. Das Beispiel verdeutliche einmal mehr, dass innovative Ideen und Ansätze für grünen Wandel und nachhaltige Entwicklung am besten dann entfaltet werden können, wenn sich Akteure aus unterschiedlichen Bereichen wie Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik vernetzen. Die Konferenz hat dafür einen zentralen Beitrag geleistet.

Richard Schmidt, Redakteur der Zentralasien-Analysen

Lesetipps

- Daloz, Anne Sophie. 2023. Climate Change; A Growing Threat for Central Asia. In *Climate Change in Central Asia: Decarbonization, Energy Transition and Climate Policy*, herausgegeben von Rahat Sabyrbekov, Indra Overland und Roman Vakulchuk, 15–21. Berlin: Springer. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-29831-8_2
- International Rescue Committee (ISC). 10 Countries at risk of climate disaster. March 20, 2023 (Last updated: June 12, 2023). <https://www.rescue.org/article/10-countries-risk-climate-disaster>
- Pannier, Bruce. PANNIER: Taliban's 'thirsty' Qosh Tepa Canal looming large for Central Asia neighbours. *bne IntelliNews*, August 9, 2023. <https://www.intellinews.com/pannier-taliban-s-thirsty-qosh-tepa-canal-looming-large-for-central-asia-neighbours-287482/>
- Vakulchuk, Roman; Anne Sophie Daloz, Indra Overland, Haakon Fossum Sagbakken & Karina Standal. 2023. A void in Central Asia research: climate change. *Central Asian Survey* 42 (1): 1–20. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02634937.2022.2059447>

12. Juli –16. Oktober 2023

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

12.07.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt fünf Personen wegen der Besetzung des Flughafens von Almaty während der Januar-Proteste 2022 zu Freiheitsstrafen zwischen vier und acht Jahren.
12.07.2023	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew unterzeichnet das Gesetz »Über Online-Plattformen und Online-Werbung«, welches die Tätigkeit von Blogger und Influencern reguliert. Das Gesetz regelt u. a. auch auf die Verbreitung von »Falschinformationen«.
12.07.2023	Präsident Tokajew unterzeichnet das »Gesetz über die Rückgabe von illegal angeeigneten Vermögenswerten an den Staat«, wofür u. a. eine eigene Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft eingerichtet wird.
19.07.2023	Präsident Tokajew nimmt im saudischen Dschidda am ersten Gipfeltreffen im Format »Zentralasien + Golfkooperationsrat« teil. Laut Tokajew arbeite Kasachstan an einer Erhöhung der Kapazitäten für den Frachttransport in die Golfregion. Ein gemeinsam verabschiedeter Aktionsplan definiert Wirtschaft, Investitionen und politischen Dialog als multilaterale Kooperationsfelder. Tokajew führt am Rande des Gipfels Gespräche mit dem kuwaitischen Kronprinzen Mishal Al-Ahamd Al-Jaber Al-Sabah über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Investitionen
27.07.2023	In Astana findet eine Sondersitzung zu Afghanistan im Format C5+1 (Zentralasiatische Staaten + Vereinigte Staaten) statt, wobei die Themen humanitäre Hilfe, die Gewährleistung von Menschenrechten und Terrorprävention im Fokus stehen. Die Vereinigten Staaten sind durch den United States Special Representative for Afghanistan, Thomas West, vertreten.
03.08.2023	In Almaty beginnt das kasachstanisch-afghanische Geschäftsforum, an dem allein von afghanischer Seite über 150 Unternehmen teilnehmen. Auf dem Forum vereinbarte Übereinkommen belaufen sich auf einen Gesamtwert von fast 200 Mio. US-Dollar. Laut dem stellvertretenden kasachstanischen Handels- und Integrationsminister Torebajew ist Kasachstan bereit, sich am Bau der geplanten Eisenbahnstrecke Masar-i Scharif–Kabul–Peschawar zu beteiligen. Laut Astana Times lag das Handelsvolumen beider Staaten 2022 bei 987,9 Mio. US-Dollar (2021: 473,3 Mio. US-Dollar).
10.08.2023	Ein Gericht in Pawlodar verurteilt den ehemaligen Gebietspolizeichef Masimow wegen Korruption im großen Umfang und Diebstahl von anvertrautem Eigentum zu zehn Jahren Freiheitsentzug. Masimow ist der Cousin des ehemaligen Vorsitzenden des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB), Karim Masimow, der im April wegen Hochverrat zu 18 Jahren Haft verurteilt worden war.
11.08.2023	Präsident Tokajew empfängt den nordmazedonischen Außenminister und aktuellen OSZE-Vorsitzenden Bujar Osmani in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Tourismus. Beide Seiten einigen sich auf eine Steigerung des Handelsvolumens um 350 Mio. US-Dollar.
12.08.2023	Am Rande der gemeinsamen Spezialmilitärübung »Kandschar-2023« in Aktau besprechen Verteidigungsminister Ruslan Dschaksylykow und sein usbekischer Amtskollege Bachodir Kurbonow Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Kampftraining und militärische Ausbildung.
14.08.2023	Laut einem Sprecher des Energieministeriums wird es keine trilaterale Gasunion mit Russland und Usbekistan geben, alle Interaktionen würden auf bilateraler Basis geschehen.
17.08.2023	Nach eigenen Angaben hat das US-Finanzministerium das kasachstanische Unternehmen »Defense Engineering« wegen dessen Rolle bei der Lieferung von Waffen aus Nordkorea nach Russland auf die Sanktionsliste gesetzt.
17.08.2023	Laut Energieministerium wurde der Entschluss gefällt, im Dorf Ulken (Gebiet Dschambyl) das erste Atomkraftwerk des Landes zu bauen. Die Entscheidung über die Auftragsvergabe steht noch aus.
17.08.2023	Außenminister Murat Nurtleu wird in Taschkent vom usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über die Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Allianz empfangen, mit einem Fokus auf Möglichkeiten zur Beschleunigung gemeinsamer wirtschaftlicher Projekte, der Ausweitung des humanitären Austausches und der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit in Zentralasien.
17.08.2023	Bei einem Brand in der Kohlemine Kasachastanskaja (Gebiet Karaganda) sterben vier Bergarbeiter, mindestens 222 weitere werden verletzt. Nachdem es wiederholt zu Unfällen kam wird ArcelorMittal, der luxemburgischen Betreiberfirma, in einer Stellungnahme auf der Website des Präsidenten mit Konsequenzen gedroht, sollte die Firma den Verpflichtungen für die Sicherheit der Arbeiter weiter nicht nachkommen.
21.08.2023	Präsident Tokajew wird in Hanoi von seinem vietnamesischen Amtskollegen Vo Van Thuong zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen, Wirtschaft, Energie sowie Landwirtschaft, Kultur und humanitärer Austausch empfangen. Bis zum Jahresende wolle man ein bilaterales Handelsvolumen von einer Mrd. US-Dollar erreichen.

21.08.2023	Nachdem in Russland ein Gesetz angekündigt wurde, das dem Inlandsnachrichtendienst FSB Zugriff auf die Datenbanken des russisch-niederländischen Internetdienstleisters Yandex ermöglichen soll, kündigt das Unternehmen an, die Kasachstan abdeckenden Datenserver von Russland nach Kasachstan umzuziehen.
23.08.2023	Präsident Tokajew empfängt den US-Juniorsenator für den Staat Michigan und Vorsitzenden des United States Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs, Gary Peters, in Astana zu Gesprächen über Möglichkeiten zur Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft beider Staaten. Laut Peters sei Kasachstan ein »Schlüsselland« in Zentralasien.
24.08.2023	Präsident Tokajew nimmt in seiner Funktion als aktueller Vorsitzender der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) an der Online-Sitzung der BRICS+ während des BRICS-Gipfeltreffens in Johannesburg teil. In seiner Ansprache fordert Tokajew die Anwesenden zur mehr Zusammenarbeit zwischen BRICS und SOZ in den Bereichen Handel, Transport und Investitionsprojekten auf.
25.08.2023	Präsident Tokajew empfängt seinen tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon in Astana zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Wasser und Energie. Tokajew dankt Rachmon dafür, dass die tadschikische Seite ihre vertraglich festgehaltenen Verpflichtungen beim Stromexport und der Wasserbereitstellung über den Syr-Darja für Kasachstan einhält.
29.08.2023	Das Außenministerium weist den russischen Generalkonsul in Kasachstan, Jewgeny Bobrow, aus dem Land aus, nachdem sich dieser in einem Interview »besorgt« über einen angeblichen Rückgang von russischsprachigen Schulen in Kasachstan geäußert hat.
01.09.2023	Nach eigenen Angaben arbeitet das Energieministerium auf Anweisung von Präsident Tokajew aktuell an einem Entwurf für ein Referendum über den Bau eines Atomkraftwerkes in Ulken.
01.09.2023	In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation kündigt Tokajew die Einführung eines neuen, landesweiten Wirtschaftsmodelles an, »das von den Prinzipien der Fairness, der Inklusivität und des Pragmatismus geleitet sein wird.« Der Fokus soll auf einer beschleunigten Entwicklung des Fabrikwesens, der Urananreicherung, der Herstellung von Autokomponenten, der Metallverarbeitung sowie der Öl-, Gas-, und Kohleindustrie liegen. In- wie ausländische Investoren in die Industrie sollen für drei Jahre von Steuern und Abgaben befreit werden.
04.09.2023	Nach eigenen Angaben hat KazTransOil ein Upgrade am Verbindungsstück zwischen dem kasachstanischen und russischen Pipelinesystem vorgenommen, um mehr Öl über russisches Territorium nach Deutschland liefern zu können. In diesem Jahr hat Kasachstan bereits 3,7 Mio. Barrel Öl nach Deutschland geliefert.
07.09.2023	Präsident Tokajew empfängt seinen albanischen Amtskollegen Bajram Begai in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit. In einer gemeinsamen Erklärung wird das gemeinsame Ziel der Stärkung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Zentralasien festgehalten.
10.09.2023	Präsident Tokajew empfängt den türkischen Außenminister Hakan Fidan in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Terrorbekämpfung und regionale Entwicklung. Laut Fidan unterstütze die Türkei »die territoriale Integrität des brüderlichen Kasachstan« und Tokajews Reformprogramm.
11.09.2023	Laut KazTransOil hat sich der Export von Erdöl über den Hafen von Aktau zwischen Januar und August im Vergleich zum Vorjahr von 69.000 t auf 838.000 t ca. mehr als verzwölffacht.
14.09.2023	Präsident Tokajew nimmt in Duschanbe am fünften Konsultativtreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wird die herausragende Relevanz des Konsultativtreffens für die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen in der Region hervorgehoben. Geschlossene Übereinkommen betreffen u. a. die Stärkung der intraregionalen Landvernetzung und die Harmonisierung der Jugendpolitik.
18.09.2023	Der Antikorruptionsdienst kündigt die Einführung eines Registers von korrupten Beamten an.
19.09.2023	Laut der Generalstaatsanwaltschaft wurden über 2,4 Mio. bislang unter Verschluss gehaltene Archivakten über politische Repressionen in der Kasachischen SSR zwischen 1929 und 1956 freigegeben. Demnach wurden bisher 311.000 Personen aus Kasachstan, gegen die in der Sowjetunion Urteile erlassen wurden, posthum rehabilitiert.
19.09.2023	Präsident Tokajew nimmt in New York an der 78. UN-Generalversammlung teil. Am Rande der Versammlung führt Tokajew eine Reihe bilateraler Gespräche u. a. mit den Präsidenten von Ungarn, Iran, Slowenien, Finnland, Estland und mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Mit Tokajew, seinen zentralasiatischen Amtskollegen und US-Präsident Joe Biden findet das erste Mal mit den Vereinigten Staaten ein Treffen im Format C5+1 auf der Ebene der Staatsoberhäupter statt, u. a. mit den Themen Terrorabwehr, Investitions- und wirtschaftliche Zusammenarbeit, wirtschaftliche Stärkung von Frauen und eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich »kritischer Mineralien.«

20.09.2023	Das Haushaltskomitee veröffentlicht eine Liste mit 240 Personen und Organisationen, die angeblich Finanzmittel von ausländischen Staaten erhalten haben sollen. In sozialen Medien wird darauf hingewiesen, dass ein großer Teil der Einträge Personen oder NGOs mit einem Fokus auf Menschenrechten, Demokratieförderung und Medienentwicklung sind.
25.09.2023	Präsident Tokajew empfängt die Premierminister bzw. Ministerkabinettsvorsitzenden von Russland, Belarus und Kirgistan, Michail Mischustin, Roman Golowtschenko und Akylbek Dschaparow, in Astana zum ersten »Interregionalen Forum«, bei dem Kasachstan und Kirgistan kommerzielle Geschäfte im Gesamtwert von 65 Mio. US-Dollar schließen.
28.09.2023	Präsident Tokajew wird in Berlin vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Transport und Energie empfangen. Tokajew schlägt eine bessere Nutzung des Potentials der Transkaspischen Route vor und lädt die deutsche Seite ein, sich am Bau von Infrastruktur in den Häfen von Aktau und Kuryk zu beteiligen. In einer anschließenden Pressekonferenz bringt Tokajew seine Bereitschaft zum Ausdruck, Öllieferungen aus Kasachstan nach Deutschland zu erhöhen sowie gegen Russland verhängte Sanktionen einzuhalten. Kasachstan fühle sich von Russland nicht territorial bedroht.
29.09.2023	Präsident Tokajew nimmt in Berlin zusammen mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan sowie dem turkmenischen Volksratsvorsitzenden an einem multilateralen Treffen zuerst mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und anschließend mit Bundeskanzler Scholz im Format C5+1 teil. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien, Energie, Sicherheit und Klimawandel. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird u. a. die gemeinsame Verpflichtung für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten festgehalten. Bei bilateralen Gesprächen mit deutschen Wirtschaftsvertretern schließt Tokajew Übereinkommen für Investitionen im Gesamtwert von 600 Mio. US-Dollar, u. a. für den geplanten Abbau von Lithium in Ostkasachstan sowie für den Bau einer Chemiefabrik.
04.10.2023	Laut dem kasachstanischen Dienst von RFE/RL hat Kasachstan den Transit von Kraftstoff aus Russland nach Kirgistan eingestellt.
04.10.2023	Premierminister Alichan Smailow kündigt die Etablierung eines Fonds zur Entwicklung der nationalen Rüstungs- und Verteidigungsindustrie an.
05.10.2023	Der Senat billigt das Gesetz »zum Informationsaustausch über Bürger mit der Volksrepublik China«, welches Fällen von illegaler doppelter Staatsbürgerschaft und illegaler Migration zwischen China und Kasachstan entgegenwirken soll.
07.10.2023	Präsident Tokajew nimmt in Moskau zusammen mit seinen usbekischen und russischen Amtskollegen Schawkat Mirsiojew und Wladimir Putin an der Zeremonie anlässlich der Aufnahme von Erdgaslieferungen via Kasachstan nach Usbekistan teil. Unter einem Zweijahresvertrag sollen täglich neun Mio. Kubikmeter Erdgas aus Russland nach Usbekistan geliefert werden.
09.10.2023	Air Astana führt einen Flug nach Tel Aviv durch, um kasachstanische Staatsbürger:innen aus Israel zu evakuieren, nachdem das Land zwei Tage zuvor von der palästinensischen Terrorgruppe Hamas an mehreren Abschnitten aus dem Gazastreifen überfallen wurde. Laut Außenministerium leben ca. 500 kasachstanische Staatsbürger:innen in Israel. »Beide Parteien« werden aufgerufen, »dringend nach politischen Instrumenten zu suchen, um die Situation friedlich zu lösen.«
09.10.2023	Nach dem schweren Erdbeben in der afghanischen Provinz Herat kündigt die kasachstanische Regierung die Entsendung von humanitären Hilfslieferungen und Rettungskräften an.
13.10.2023	Präsident Tokajew nimmt in Bischkek am Gipfel der Staatsoberhäupter der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) teil, auf dem u. a. Fragen der multilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Handel besprochen werden. Der Gipfel verabschiedet ein Übereinkommen über die Etablierung eines Internationalen Institutes für die Russische Sprache.

Kirgistan

12.07.2023	Laut Kulturministerium wurden nach einem gerichtlichen Vergleich alle gegen den kirgisischen Dienst von RFE/RL verhängten Beschränkungen wieder aufgehoben, nachdem entsprechende Inhalte von der Website des Outlets entfernt wurden. Die Website war seit Oktober 2022 offiziell wegen »Hassrede« gesperrt, nachdem RFE/RL nach den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Kirgistan und Tadschikistan an der gemeinsamen Grenze im Ferghanatal 2022 einen Videobeitrag mit Aussagen von Vertretern beider Staaten veröffentlicht hatte.
13.07.2023	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution, die »eine alarmierende Verschlechterung von demokratischen Standards und der Menschenrechtssituation« in Kirgistan konstatiert und in der die kirgisische Regierung aufgerufen wird, Grundrechte und vor allem jene in Bezug auf Medien- und Redefreiheit zu respektieren. In einer Stellungnahme bezeichnet das kirgisische Außenministerium die Resolution als »voreingenommen und auf einseitigen Einschätzungen beruhend.«
15.07.2023	Bei bilateralen Gesprächen in Bischkek einigen sich Arbeitsminister Kudaibergen Basarbajew und der bayerische Staatssekretär für Wirtschaft, Roland Weigert, auf die Einrichtung von zehn Ausbildungszentren in Kirgistan, in denen kirgisische Arbeitsmigranten für den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet werden sollen.
17.07.2023	Das Handels- und Integrationsministerium verlängert das seit Juli 2022 geltende Verbot für die Ausfuhr von Erdölprodukten auf dem Landweg um weitere sechs Monate.
19.07.2023	Präsident Dschaparow nimmt in der saudischen Hafenstadt Dschidda am ersten Gipfeltreffen im Format »Zentralasien + Golfkooperationsrat« teil. Ein gemeinsam verabschiedeter Aktionsplan definiert Wirtschaft, Investitionen und politischen Dialog als Bereiche, in denen Partnerschaften auf- oder ausgebaut werden sollen. In einer separaten Abschiedserklärung wird das Ziel der Etablierung von Verkehrskorridoren zwischen Zentralasien und der Golfregion benannt.
20.07.2023	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akybek Dschaparow kündigt Maßnahmen an, mit denen der Re-Export von sanktionierten Gütern nach Russland unterbunden werden soll. Die Washington Post hat kurz zuvor berichtet, die Vereinigten Staaten hätten die Verhängung von Sanktionen gegen Kirgistan vorbereitet, nachdem im Mai über Kirgistan transportierte und als andere Güter getarnte Drohnen an der Grenze zwischen Russland und Kasachstan entdeckt worden waren.
20.07.2023	Energieminister Taalaibek Ibrajew gibt die Einführung eines Strommangel bedingten Notstandes ab 1.8.2023 bis 31.12.2026 bekannt. Demnach leidet Kirgistan aufgrund eines sehr niedrigen Pegels im Wasserkraftwerk Toktogul (Gebiet Dschalal-Abad) in diesem Jahr unter einem Stromdefizit von drei Mio. kWh, das bis 2026 auf sechs Mio. kWh steigen könnte.
20.07.2023	Die Vereinigten Staaten sanktionieren mehrere kirgisische Firmen wegen ihrer Rolle beim Re-Export von sanktionierten Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland.
27.07.2023	Präsident Dschaparow bestätigt den Plan für den Bau einer Crypto-Mining-Anlage am im Bau befindlichen Wasserkraftwerk Kambar-Ata-2 (Gebiet Talas).
30.07.2023	Laut News Central Asia haben Kirgistan und China bereits im Mai ein Investitionsabkommen geschlossen, laut dem ein chinesisches Konsortium die drei Mio. US-Dollar teure Kazarman-Kaskade (Gebiet Dschalal-Abad) bauen wird. Die aus vier Wasserkraftwerken bestehende Kaskade soll ab 2030 jährlich 1160 MW Strom produzieren.
01.08.2023	Laut der Nationalbank sind Rücküberweisungen nach Kirgistan zwischen Januar und Juni 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 28,5 % zurückgegangen.
08.08.2023	Laut eigenen Angaben hat das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit (GKNB) im Gebiet Osch 39 Moscheen und 21 islamische Schulen aufgrund fehlender Registrierung oder Verstößen gegen Brandschutzauflagen schließen lassen. Bereits im Juni hat das GKNB im Gebiet Dschalal-Abad 60 Moscheen ohne Registrierung identifiziert.
10.08.2023	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Gesetz, das ab 1.1.2024 in Naturschutzgebieten und ab 1.1.2025 landesweit die Einfuhr und Verwendung von u. a. Plastiktüten, Einweggeschirr aus Kunststoff und PET-Flaschen verbietet.
14.08.2023	Laut Landwirtschaftsministerium musste die Bereitstellung von Wasser des Kirow-Reservoirs (Gebiet Talas) für Landwirte im kasachstanischen Gebiet Dschambyl eingestellt werden, nachdem der Wasserstand unter einen für die eigene Landwirtschaft kritischen Pegel gefallen ist.
15.08.2023	Nach eigenen Angaben hat das GKNB bereits am 1.8.2023 einen kirgisischen Staatsbürger festgenommen, der auf russischer Seite für die Wagnergruppe in der Ukraine gekämpft haben soll.

15.08.2023	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Gesetz, das den Medien die Verbreitung von »Informationen, die der Gesundheit oder Entwicklung von Kindern schaden«, verbietet. Darunter fallen demnach Inhalte, »die Kinder zu Gewalt, Drogenkonsum, illegalem Verhalten und obszöner Sprache animieren könnten«, sowie pornographische Inhalte und solche die »der Verleugnung familiärer und traditioneller Werte, der Förderung von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen sowie Respektlosigkeit gegenüber Eltern und anderen Familienmitgliedern dienen.«
17.08.2023	Während einer Arbeitsreise im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang (XUAR) der VR China führt der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow bilaterale Gespräche mit dem Sekretär des Parteikomitees der Kommunistischen Partei von XUAR, Ma Xingrui, u. a. über Möglichkeiten der Modernisierung der gemeinsamen Grenzübergänge Irkeschtam (auf kirgisischer Seite Gebiet Osch) und Torugart (auf kirgisischer Seite Gebiet Naryn), sodass diese in Zukunft rund um die Uhr in Betrieb gehen können. A. Dschaparow unterzeichnet außerdem Übereinkommen mit der chinesischen Firma TBEA über den Bau von Wasserkraftwerken entlang des Flusses Sarydschas und von Hochspannungsleitungen im Norden Kirgistans.
20.08.2023	Präsident Dschaparow wird in Budapest vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Handel, Wirtschaft, Kultur und humanitärer Austausch empfangen. Laut Dschaparow sei die Entwicklung der Handels-, Investitions- und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Beziehungen mit Ungarn von höchster Priorität für Kirgistan. Orban hält fest, dass gemäß vorheriger Vereinbarungen mittlerweile viele kirgisische Staatsbürger:innen an ungarischen Universitäten studieren.
21.08.2023	Laut Regierungsprescribedienst wurden beim chinesisch-kirgisischen Wirtschaftsforum in Urumqi (XUAR) fast 30 Übereinkommen im Gesamtwert von fast einer Mrd. US-Dollar unterzeichnet. Die Übereinkommen betreffen u. a. den Abbau von Kohle in Kirgistan durch chinesische Unternehmen, den Transport von Rohstoffen und Lebensmitteln aus Kirgistan nach China und die Zusammenarbeit der nationalen Postämter.
22.08.2023	Präsident Dschaparow empfängt den US-Juniorsenator für den Staat Michigan und Vorsitzenden des United States Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs, Gary Peters, in Bischkek zu Gesprächen über Möglichkeiten zur Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft beider Staaten. Beide Seiten betonten ihr Interesse an einer Stärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit.
24.08.2023	Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments, David McAllister, drängt die kirgisische Seite während eines Besuchs in Bischkek zur Umsetzung von mehr Maßnahmen, um die Einhaltung der internationalen Sanktionen gegen Russland zu gewährleisten. Demnach seien die Sanktionen nicht gegen Kirgistan gerichtet, die EU verurteile jedoch Fälle von Sanktionsumgehung, einschließlich der »illegalen Ausfuhr und Einfuhr von Gütern, die auf der Sanktionsliste stehen.«
28.08.2023	Die Staatsanwaltschaft von Bischkek beantragt bei einem Gericht die Schließung des Online-Investigativmediums Kloop, da dieses durch »die Verbreitung von Informationen (als Funktion von Massenmedien)« das in ihrer Charta definierte Tätigkeitsprofil überschreite. Kloop hat kurz zuvor einen Bericht veröffentlicht, der die Involvierung des GKNB-Vorsitzenden Kamtschibek Taschijew in den Bau der kürzlich in Bischkek und Dschalal-Abad eröffneten »Barcelona Football School« impliziert. Das US-basierte Komitee zum Schutz von Journalisten ruft die kirgisische Regierung auf, das Verfahren gegen Kloop einzustellen und bezeichnet den Vorgang als »empörenden und beschämenden Versuch« der kirgisischen Führung, »Redefreiheit und unabhängigen Journalismus zu unterdrücken.«
30.08.2023	Das Kulturministerium weist die Sperrung des Videoportales TikTok an, mit Berufung auf namentlich nicht genannte »NGOs«, die auf die »für die psychische Gesundheit von Kindern schädlichen Auswirkungen der Plattform« hingewiesen haben sollen.
02.09.2023	Der Parlamentsabgeordnete und Butun-Parteivorsitzende Adachan Madumarow wird in Bischkek wegen des Verdachtes auf Hochverrat festgenommen. Er soll 2009 in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des nationalen Sicherheitsrates ein illegales Grenzprotokoll mit Tadschikistan unterzeichnet haben.
13.09.2023	Die Behörden Kirgistans blockieren die Website der Online-Investigativmediums Kloop.
14.09.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Duschanbe am fünften Konsultativtreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. Bei einem bilateralen Gespräch mit seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon am Rande des Treffens betont Dschaparow »die Notwendigkeit zum politischen Willen zur Lösung von Grenzstreitigkeiten.« In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wird die herausragende Wichtigkeit des Konsultativtreffens für die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen in der Region hervorgehoben. Geschlossene Übereinkommen betreffen u. a. die Stärkung der intraregionalen Landvernetzung und die Harmonisierung der Jugendpolitik.

14.09.2023	Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor sperrt für russische Nutzer:innen das kirgisische Nachrichten-Outlet 24.kg, nachdem dieses wiederholt über zivile Opfer des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und die Auswirkungen westlicher Sanktionen gegen Russland berichtet hat.
19.09.2023	Präsident Dschaparow nimmt in New York an der 78. UN-Generalversammlung teil. In seiner Ansprache an den Gipfel zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung äußert Dschaparow, dass diese »die Grundlage der staatlichen Politik und Teil der nationalen Langzeitentwicklungsstrategie [sind].« Mit Dschaparow, seinen zentralasiatischen Amtskollegen und US-Präsident Joe Biden findet das erste Mal mit den Vereinigten Staaten ein Treffen im Format C5+1 auf der Ebene der Staatsoberhäupter statt, u. a. mit den Themen Terrorabwehr, Investitions- und wirtschaftliche Zusammenarbeit, wirtschaftliche Stärkung von Frauen und eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich »kritischer Mineralien.« Bilaterale Gespräche führt Dschaparow u. a. mit seinen tadschikischen und türkischen Amtskollegen Emomali Rachmon und Recep Tayyip Erdoğan.
25.09.2023	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow wird in Astana vom kasachstanischen Präsidenten Kassym-Dschomart Tokajew zum ersten »Interregionalen Forum« empfangen, bei dem Kasachstan und Kirgistan kommerzielle Geschäfte im Gesamtwert von 65 Mio. US-Dollar schließen.
29.09.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Berlin zusammen mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan sowie dem turkmenischen Volksratsvorsitzenden an einem multilateralen Treffen zuerst mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und anschließend Bundeskanzler Olaf Scholz im Format C5+1 teil. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien, Energie, Sicherheit und Klimawandel. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird u. a. die gemeinsame Verpflichtung für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten festgehalten. Bei bilateralen Gesprächen mit Vertretern der deutschen Firma Knauf schließt Dschaparow ein Übereinkommen für den Bau einer Baustofffabrik in Kirgistan.
29.09.2023	Die Asiatische Entwicklungsbank geht mit Kirgistan eine Partnerschaft zur Entwicklung von Privat-öffentlichen Partnerschaften zur Entwicklung der Bereiche erneuerbare Energien sowie soziale und urbane Mobilität ein.
29.09.2023	Ein Gericht in Bischkek verlängert abermals ein seit Dezember 2022 geltendes Verbot von Demonstrationen im Zentrum von Bischkek.
30.09.2023	Laut dem Generalsekretär des International Coordinating Council for Trans-Eurasian Transportation, Gennady Bessonow, wird der ursprünglich für dieses Jahr geplante Baubeginn der Eisenbahnlinie China–Kirgistan–Usbekistan auf unbestimmte Zeit verschoben. Grund seien Finanzierungsunstimmigkeiten zwischen den involvierten Staaten.
03.10.2023	Laut dem tadschikischen Außenministerium haben die Vorsitzenden der nationalen Sicherheitskomitees von Tadschikistan und Kirgistan, Saimumin Jatimow und Taschijew, bei einem Treffen in Batken ein Grenzprotokoll unterzeichnet »das alle Fragen und Probleme lösen wird, die bisher die Grundlage für Konflikte an der tadschikisch-kirgisischen Grenze waren.« Laut der kirgisischen Regierung wurde sich konkret auf die Demarkation von 43,3 km gemeinsamer Grenze geeinigt.
03.10.2023	Präsident Dschaparow unterzeichnet ein Gesetz, das dem Präsidenten die Revidierung von Entscheidungen des Verfassungsgerichtes ermöglicht, u. a. wenn diese »den moralischen und ethischen Werten oder dem öffentlichen Bewusstsein der Menschen im Land widersprechen.«
04.10.2023	Beamte des GKNB erschießen den Schwerverbrecher Kamschi Kolbajew, nachdem sich dieser laut GKNB durch bewaffneten Widerstand seiner Festnahme in Bischkek entziehen wollte. Kolbajew wurde bereits einmal 2020 festgenommen, aber nach Zahlung einer Kaution kurz darauf wieder freigelassen. Ihm wurde u. a. vorgeworfen, in den späten 2000er Jahren in Kasachstan eine milliarden schwere transnationale kriminelle Organisation gegründet zu haben. In den Wochen nach der Tötung Kolbajews nimmt das GKNB bis zu 40 von seinen Männern fest.
06.10.2023	Präsident Dschaparow ernennt Dogdorkul Kendirbajewa zur neuen Bildungs- und Wissenschaftsministerin. Kendirbajewa hat das Amt seit 28.9.2023 kommissarisch geführt.
07.10.2023	Nach bilateralen Gesprächen mit dem emiratischen Energie- und Infrastrukturminister Suhail Al Mazrouei kündigt Präsident Dschaparow die Eröffnung einer Botschaft der VAE in Bischkek an.
08.10.2023	Das Ministerium für Wirtschaft und Handel Kirgistans führt landesweit eine vorübergehende staatliche Regulierung der Preise für Brot und Backwaren ein, um Preiserhöhungen für diese Produkte zu verhindern und die Zugänglichkeit für die Bevölkerung sicherzustellen.
09.10.2023	Im Gebiet Issyk-Kul beginnt das mehrtägige Manöver »Unzerstörbare Bruderschaft 2023« der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) mit insgesamt über 1.500 teilnehmenden Soldaten. Bündnispartner Armenien nimmt nicht an der Übung teil.

09.10.2023	Nach dem Überfall der palästinensischen Terrorgruppe Hamas auf Israel ruft das kirgisische Außenministerium »die »Parteien auf, die Feindseligkeiten einzustellen und so schnell wie möglich einen politischen und diplomatischen Dialog aufzunehmen.«
11.10.2023	Präsident Dschaparow und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin eröffnen die zehnte kirgisisch-russische interregionale Konferenz in Dschalal-Abad. Laut Putin stellen Regionen in Russland und Kirgistan einen wichtigen Teil der strategischen Partnerschaft beider Länder dar. Auf der Konferenz abgeschlossene Verträge umfassen u. a. den Bau einer Fischfarm im Wert von 100 Mio. US-Dollar und eines Kohlekraftwerkes im Wert von 2,3 Mrd. US-Dollar, jeweils in Dschalal-Abad. Abgesehen von den besetzten Gebieten in der Ukraine handelt es sich um den ersten Auslandsaufenthalt von Putin seit der Internationale Strafgerichtshof im März einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hat.
13.10.2023	Präsident Dschaparow ratifiziert das Gesetz zum Inkrafttreten eines mit Russland im August 2022 geschlossenen Übereinkommens über die Schaffung eines einheitlichen Luftverteidigungssystems.
13.10.2023	In Bischkek eröffnet Präsident Dschaparow den Gipfel der Staatsoberhäupter der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS), auf dem u. a. Fragen der multilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Handel besprochen werden. Der Gipfel verabschiedet ein Übereinkommen über die Etablierung eines Internationalen Institutes für die Russische Sprache. Bei bilateralen Gesprächen mit Dschaparow äußert der russische Präsident Putin, dass er die Verstärkung des russischen Luftwaffenstützpunktes Kant (Gebiet Tschui) »mit modernsten Waffensystemen« plane.

Tadschikistan

20.07.2023	Laut Fergana Agency hat die tadschikische Generalstaatsanwaltschaft Pamir Daily News zur extremistischen Organisation erklärt und ihre Aktivitäten im Land verboten.
25.07.2023	Fergana Agency zufolge liefert Belarus Nizomiddin Nasriddinow, einen in Deutschland lebenden tadschikischen Oppositionellen und Mitglied der Gruppe 24, an Tadschikistan aus, wo ihm ein Strafverfahren wegen angeblicher extremistischer Aktivitäten droht.
01.08.2023	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass die staatliche Fluggesellschaft Tajik Air, die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten vier Jahre lang keine Flüge durchgeführt hat, die Wiederaufnahme ihres Flugbetriebs innerhalb von zwei Monaten plant. Die Entscheidung basiert auf einem Leasingvertrag für zwei Airbus-Flugzeuge mit einem türkischen Unternehmen.
03.08.2023	Laut Fergana Agency hat die tadschikische Regierung beschlossen, die Einfuhr von Autos, die vor 2013 hergestellt wurden, zu verbieten. Begründet wird dies mit der Absicht, die Transportflotte zu erneuern und Verkehrsunfälle zu reduzieren. Das Verbot wird am 2. Oktober wirksam.
08.08.2023	Der stellvertretende Justizminister Asadulloh Hakimzoda verkündete laut RFE/RL, dass die fünf in der Autonomen Oblast Gorno-Badakhshan tätigen NGOs »Nomus va Insof«, die Anwaltskammer Pamir, »Panj«, »Jugend des Bezirks Ishkashim« und »Club Gumhtini Shaydon« in den letzten sechs Monaten ihre Aktivitäten eingestellt haben. Während Vertreter der NGOs anführen, dass der Druck auf sie zugenommen habe, verteidigt Hakimzoda die Maßnahmen als notwendig zur Bekämpfung von Kriminalität.
15.08.2023	Laut RFE/RL und Fergana Agency wurde Shukhrat Ismatulloew, der im Juni entführte stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Orienbank, in der Nähe von Panjakent, Gebiet Sughd, tot gefunden.
20.08.2023	Der Journalist Chursched Fosilow, der im März dieses Jahres verhaftet wurde und im Mai zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, wurde laut RFE/RL Anfang August in eine Hochsicherheitsstrafkolonie in Chudschand verlegt.
23.08.2023	Während des Besuchs von Duschanbes Bürgermeister und Präsident Emomali Rachmons Sohn Rustam Emomali in China wurden Verträge in Höhe von insgesamt 400 Millionen US-Dollar zwischen verschiedenen tadschikischen und chinesischen Unternehmen geschlossen, so RFE/RL.
29.08.2023	Starke Regenfälle in verschiedenen Städten und Bezirken Tadschikistans haben zu Schlammlawinen, Steinschlägen und Erdbeben in verschiedenen Städten und Bezirken geführt. Laut RFE/RL kamen dabei 17 Menschen ums Leben.
30.08.2023	RFE/RL berichtet, dass am 29. August die palästinensische Botschaft in Duschanbe eröffnet wurde. Im Anschluss an die Eröffnungsfeier traf sich der palästinensische Außenminister Riad al-Maliki mit seinem tadschikischen Amtskollegen Sirojiddin Muhriddin sowie mit dem tadschikischen Präsidenten Rachmon.
06.09.2023	Laut Berichten von Fergana Agency und RFE/RL hat Tadschikistans Staatliches Komitee für Nationale Sicherheit den Tod von drei Mitgliedern der Terrororganisation Jamaat Ansarullah gemeldet. Die Kämpfer waren nahe dem Dorf Kewron, Bezirk Darwaz (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan), illegal aus Afghanistan in das Land eingedrungen und hatten laut den tadschikischen Behörden Anschläge geplant.
14.09.2023	RFE/RL und Fergana Agency berichten, dass in Duschanbe das fünfte Konsultativtreffen der Präsidenten der zentralasiatischen Länder stattgefunden hat, bei dem der aserbaidjanische Präsident Ilham Alijew als Ehrengast teilnahm.
25.09.2023	Präsident Rachmon hat per Dekret dem Verteidigungsministerium von Tadschikistan die Kontrolle über mehrere lokale Flughäfen übertragen, darunter der Flughafen Isfara an der kirgisischen Grenze sowie Flughäfen in der Nähe der afghanischen Grenze, so RFE/RL.
29.09.2023	Präsident Rachmon nimmt in Berlin zusammen mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan, Usbekistan und Kasachstan sowie dem turkmenischen Volksratsvorsitzenden an einem multilateralen Treffen zuerst mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und anschließend mit Bundeskanzler Scholz im Format C5+1 teil. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien, Energie, Sicherheit und Klimawandel. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird u. a. die gemeinsame Verpflichtung für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten festgehalten.
03.10.2023	Fergana Agency berichtet, dass auf einem Treffen der Regierungsdelegationen Kirgisistans und Tadschikistans im kirgisischen Batken ein Protokoll unterzeichnet wurde, das laut den Verhandlungsführern, die Grundlage für die Lösung aller Grenzfragen bieten soll. Die genauen Details des Protokolls wurden nicht bekannt gegeben.
04.10.2023	Eine Recherche von RFE/RL offenbart, dass die selten öffentlich auftretende Tochter von Präsident Rachmon, Parwina Rakhmonowa, den Pharmakonzern Sifat Pharma aufgebaut hat, der dank millionenschwerer Regierungsaufträge das führende Unternehmen im tadschikischen Gesundheitssektor ist. Zusätzlich betreibt ihr Ehemann Ashraf Gulow, der tadschikischer Botschafter in der Türkei ist, Lobbyarbeit für das Unternehmen.

07.10.2023	RFE/RL berichtet unter Bezugnahme auf die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, dass nach Protesten tadschikischer Oppositioneller während des Besuchs von Präsident Rachmon in Berlin im Rahmen des Zentralasien-Deutschland-Gipfels am 29. September etwa 50 Angehörige von tadschikischen Oppositionsvertretern in Tadschikistan festgenommen und verhört wurden.
14.10.2023	Das Aga Khan Medical Center in Chorugh, Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, steht vor einem möglichen Gerichtsverfahren und der Verstaatlichung, nachdem die GBAO-Staatsanwaltschaft eine Klage gegen seine Rechtmäßigkeit eingereicht hat. Die Entscheidung des Gerichts wird darüber entscheiden, ob das medizinische Zentrum unabhängig bleibt oder in den öffentlichen Besitz übergeht. Die Aga Khan Foundation hatte 25 Millionen Dollar für den Bau des Zentrums bereitgestellt, und die mögliche Verstaatlichung reiht sich in eine Serie ähnlicher Fälle von Verstaatlichung von Einrichtungen der Aga Khan Foundation in Tadschikistan ein.

Turkmenistan

12.07.2023	Präsident Serdar Berdymuchamedow entlässt »wegen gesundheitlichen Gründen« den stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden für Landwirtschaft, Annageldi Jasmyradow, und besetzt das Amt mit dem bisherigen Gouverneur des Gebietes Balkan, Tangryguly Atachallyjew. Neuer Gouverneur des Gebietes Balkan wird Annajew Dschumanasar, der das Amt bisher stellvertretend innehatte.
12.07.2023	Laut der afghanischen Nachrichtenagentur Bakhtar wurden 17 Tanklaster mit aus Turkmenistan importierten Flüssiggas wegen mangelhafter Qualität nach Turkmenistan zurückgeschickt.
12.07.2023	Der turkmenische Botschafter in Kasachstan, Batur Redschepow, dementiert einen mittlerweile wieder gelöschten Bericht von Turkmen.news, laut dem turkmenische Behörden durch die Festnahme von ca. 20 mutmaßlichen Putschisten einen Staatsstreich vereitelt haben, der vom stellvertretenden Innenminister Achmed Chodschatow und dem Sohn eines verstorbenen ehemaligen Landwirtschaftsministers geplant gewesen sein soll.
12.07.2023	Der russische Premierminister Michail Mischustin unterzeichnet ein Dekret zur Bestätigung des Beitritts von Turkmenistan zum International North-South Transport Corridor (INSTC), der Indien via Iran und Aserbaidschan mit Russland verbindet.
13.07.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL nimmt die Polizei im Gebiet Balkan Bettler fest, da diese den Behörden zufolge »einen Schatten auf den Ruf des Präsidenten der Republik, Serdar Berdymuchamedow, werfen.«
13.07.2023	Bei einem Treffen mit turkmenischen Beamten in Aschgabat fordert die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, die turkmenische Seite auf, die Meinungsfreiheit im Land zu gewährleisten und der Bevölkerung uneingeschränkten Internetzugang zu garantieren.
17.07.2023	Laut dem Vorsitzenden des staatlichen Statistikkomitees, Dowletgeldi Amanmuchamedow, haben am 17.12.2023 7.057.841 Menschen in Turkmenistan gelebt. Einige unabhängige Beobachter gehen von gefälschten Zahlen aus und schätzen dass die die turkmenische Bevölkerung tatsächlich nur halb so groß sein könnte.
17.07.2023	Präsident S. Berdymuchamedow tauscht die Gouverneure der Gebiete Ahal, Mary, Balkan und Daschogus aus. Landwirtschafts- und Umweltminister Allanur Altijew und Energieminister Chadschymuchammed Redschepmyradow werden wegen »Arbeitsmängeln« ebenfalls ersetzt. Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt wird aufgelöst und in jeweils ein Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt geteilt. Neuer Landwirtschaftsminister wird Nasarmyrat Nasarmyradow und neuer Umweltminister Tscharygeldi Babanyjasow, der zuvor der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Umweltschutz, Naturmanagement und Agroindustrie war. Neuer Energieminister wird Annageldi Saparow, der das Amt zuvor stellvertretend innehatte. Ebenfalls ausgetauscht werden die Botschafter für Georgien, Usbekistan und Tadschikistan.
18.07.2023	Das Präsidium des Volksrates unter Vorsitz von Nationalführer Gurbanguly Berdymuchamedow ordnet die Schaffung eines Ältestenrates innerhalb des Volksrates an. Der Ältestenrat soll u. a. »auf Grundlage von Diskussionen ausgewogene Lösungen zu staatlichen Problemen beisteuern.«
19.07.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt im saudischen Dschidda am ersten Gipfeltreffen im Format »Zentralasien + Golfkooperationsrat« teil. Ein gemeinsam verabschiedeter Aktionsplan definiert Wirtschaft, Investitionen und politischer Dialog als Bereiche in denen Partnerschaften auf- oder ausgebaut werden sollen. In einer separaten Abschiedserklärung wird das Ziel der Etablierung von Verkehrskorridoren zwischen Zentralasien und der Golfregion benannt.
19.07.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL ist es im Bezirk Gjorgly (Gebiet Daschogus) in der Schlange vor einem Geschäft für staatlich subventionierte Lebensmittel zu einer Rangelei unter den über 300 Wartenden gekommen, wobei eine Frau ums Leben gekommen ist, nachdem sie von der Treppe des Geschäftes gestürzt ist.
20.07.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow empfängt den Sprecher der südkoreanischen Nationalversammlung, Kim Jin-pyo, in Aschgabat zu Gesprächen über Fragen der interparlamentarischen Zusammenarbeit.
28.07.2023	Laut Turkmen.news haben turkmenische Behörden die Nutzung des Overlay-Netzwerkes Tor und damit eine der letzten Möglichkeiten zur anonymen Aufrufung gesperrter Websites in Turkmenistan blockiert.
01.08.2023	Turkmenistan Airlines setzt »wegen der aktuellen Situation im Moskauer Luftraum« bis zum 28.10.2023 kurzfristig alle Flüge nach Moskau aus.
3.8.2023	Laut der turkmenischen Helsinki-Stiftung wurde der oppositionelle Videoblogger Farhat Durdyjew, den die Türkei im Mai nach Turkmenistan ausgeliefert hatte, in Turkmenistan zu einer hohen Haftstrafe verurteilt. Laut Personen aus dem Umfeld Durdyjews belaufe sich seine Haftstrafe auf 18 oder sogar 22 Jahre.

04.08.2023	In Aschgabat empfängt Präsident S. Berdymuchamedow seine tadschikischen und usbekischen Amtskollegen Emomali Rachmon und Schawkat Mirsijojew zu trilateralen Gesprächen über die Situation in Afghanistan und die Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Energie und gemeinsame Nutzung von Wasserressourcen des Amu Darja. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung einigen sich die drei Seiten u. a. auf den Ausbau der Energie- und Transportzusammenarbeit mittels Optimierung von Tarifen und Handelsbedingungen, mehr Zusammenarbeit in multilateralen Foren wie der UN und den Ausbau von multimodalen Verkehrswegen u. a. zwischen Zentralasien und der Golfregion.
07.08.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL kann wegen immer langsamerer Internetraten auch der letzte verfügbare Instant Messaging Dienst im Land, imo, nicht mehr richtig genutzt werden.
07.08.2023	Laut Chronika Turkmenistana sind 25 Beamte vom Innenministerium und dem Ministerium für nationale Sicherheit nach Russland geschickt worden, die turkmenische Bürger:innen u. a. in Moskau und Astrachan davon überzeugen sollen, wegen zunehmender ukrainischer Drohnenschläge auf russisches Territorium kurzfristig in sicherere Regionen Russlands umzuziehen oder nach Turkmenistan zurückzukehren.
07.08.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL protestieren in Turkmenbaschi (Gebiet Balkan) hunderte Personen gegen die Nichtverfügbarkeit von staatlich subventioniertem Mehl.
13.08.2023	Laut Außenministerium plane man derzeit nicht, Russland an die Zentralasien–China-Erdgaspipeline anzuschließen, um russisches Erdgas über turkmenisches Territorium nach China durchzuleiten. Ein Vertreter des russischen Außenministeriums hat dies, ohne vorherige Absprache mit der turkmenischen Seite, in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur »Russland heute« angedeutet.
13.08.2023	Laut dem stellvertretenden iranischen Ölminister Majid Chegeni hat Turkmenistan die Belieferung des Iran mit Erdgas wiederaufgenommen, nachdem Iran die Schulden in Höhe von 2,76 Mrd. US-Dollar, wegen denen Turkmenistan den Gasexport in den Iran 2016 eingestellt hat, beglichen hat. Bereits seit 2021 existiert ein trilaterales Übereinkommen zum Erdgastausch, bei dem Iran Erdgas aus Turkmenistan importiert und die gleiche Menge nach Aserbaidschan exportiert.
14.08.2023	In seiner Ansprache an die Teilnehmer:innen der Konferenz »Das Kaspische Meer ist ein See des Friedens und der Freundschaft« in Awaza (Gebiet Balkan) äußert Außenminister Raschid Meredow, dass der rapide Wasserverlust aktuell das größte Problem ist, während das Übereinkommen über den rechtlichen Status des Gewässers von 2018 »bisher keine nennenswerten Ergebnisse verzeichnet« und »die wichtigsten Vereinbarungen zwischen den Staatsoberhäuptern [der Anrainerstaaten] noch umgesetzt werden müssen.«
14.08.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den neuen Leiter des UN Regional Center for Preventive Diplomacy for Central Asia (UNRCCA), Kaha Imnadze, der in Aschgabat seine Arbeit aufnimmt. Beide Seiten stellen fest, dass Zentralasien eine »dynamische Geschwindigkeit der Entwicklung« demonstriere und die Länder der Region »fruchtbarer Zusammenarbeit zum Zweck des universellen Friedens und der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet sind.«
17.08.2023	Laut Turkmen.news wurden die ehemaligen, im Juli wegen »schwerwiegender Mängel« von ihren Ämtern entlassenen Gouverneure der Gebiete Ahal und Mary, Jasmuchamet Gurbanow und Dowranberdi Annaberdijew, am 7.8.2023, mutmaßlich wegen der Unterschlagung von Erträgen der letzten Getreideernte, zu jeweils 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.
20.08.2023	Präsident S. Berdymuchamedow wird in Budapest vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen wie der UN und in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie, Pharmazie und Landwirtschaft empfangen. Laut dem ungarischen Außenminister Peter Szijarto wurde sich während der Gespräche auf ein Übereinkommen zur Belieferung Ungarns mit turkmenischem Erdgas geeinigt, wobei das Gas mit Tankern über das Kaspische Meer nach Aserbaidschan und von dort über die Pipelines des südlichen Gaskorridors nach Ungarn transportiert werden soll.
24.08.2023	Laut dem irakischen stellvertretenden Öl- und Gasminister Azzat Sabir wurde bei Verhandlungen zwischen Vertretern der irakischen und turkmenischen Regierung in Aschgabat ein Übereinkommen geschlossen, laut dem Turkmenistan mit dem Export von Erdgas in den Irak beginnen wird. Bis Jahresende wolle man sich auf die technischen Details und Liefermengen einigen.
24.08.2023	Laut dem usbekischen Energieminister Dschurabek Mirsamachmudow wurde mit der turkmenischen Seite ein Übereinkommen erzielt, laut dem Turkmenistan Usbekistan jährlich zwei Mrd. Kubikmeter Erdgas liefern wird.
27.08.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden seit August tausende Lehrer:innen, Beschäftigte im Gesundheitswesen und andere Staatsbedienstete zwangsmäßig für die diesjährige Baumwollernte eingesetzt.
31.08.2023	Präsident S. Berdymuchamedow ordnet die Balkan-Werft in Turkmenbaschi zum Bau von zwei Massengutfrachtern an. Wie sich später herausstellt werden die Schiffe dort von der südkoreanischen Koryo Shipbuilding Industry Technology gebaut.

05.09.2023	Laut dem EU-Statistikamt Eurostat hat das Handelsvolumen zwischen der EU und Turkmenistan zwischen Januar und Mai 2023 bei über 494,66 Mio. Euro gelegen, 29 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
07.09.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL sind die Preise für Lebensmittel in Aschgabat sprunghaft angestiegen, nachdem zuletzt vermehrt Personen aus dem Gebiet Ahal zum Einkaufen in die Hauptstadt gereist sind.
11.09.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den Gouverneur von St. Petersburg, Alexander Beglow, in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. im Bereich Energie. So modernisiert das Petersburger Unternehmen Power Machines Wärmekraftwerke in Mary und Turkmenbaschi.
14.09.2023	Präsident S. Berdymuchamedow und der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow nehmen in Duschanbe am fünften Konsultativtreffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter teil. Laut S. Berdymuchamedow sei Turkmenistan bereit, die Region mit Erdgas und Strom zu beliefern. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung wird die herausragende Wichtigkeit des Konsultativtreffens für die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen in der Region hervorgehoben. Geschlossene Übereinkommen betreffen u. a. die Stärkung der intraregionalen Landvernetzung und die Harmonisierung der Jugendpolitik. Ein neu einzurichtendes Institut der Nationalkoordinatoren soll die Umsetzung der Übereinkommen überwachen. G. Berdymuchamedow wird eine Ehrenauszeichnung »für seinen herausragenden Beitrag zur Stärkung der freundschaftlichen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen in Zentralasien« verliehen.
15.09.2023	Laut der Turkmen Helsinki Foundation wurde der regimiekritische turkmenische Staatsbürger Maksat Baymuradow, der in Istanbul als Lieferfahrer arbeitete, illegal aus der Türkei nach Turkmenistan abgeschoben.
19.09.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in New York an der 78. UN-Generalversammlung teil. Am Rande der Versammlung führt Berdymuchamedow eine Reihe bilateraler Gespräche, u. a. mit dem südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol, dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, und der WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala. Mit S. Berdymuchamedow, seinen zentralasiatischen Amtskollegen und US-Präsident Joe Biden findet das erste Mal mit den Vereinigten Staaten ein Treffen im Format C5+1 auf der Ebene der Staatsoberhäupter statt, u. a. mit den Themen Terrorabwehr, Investitions- und wirtschaftliche Zusammenarbeit, wirtschaftliche Stärkung von Frauen und eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich »kritischer Mineralien.«
29.09.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow nimmt in Berlin zusammen mit den Präsidenten Kasachstans, Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistan an einem multilateralen Treffen zuerst mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und anschließend Bundeskanzler Olaf Scholz im Format C5+1 teil. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien, Energie, Sicherheit und Klimawandel. Laut G. Berdymuchamedow ist Turkmenistan bereit »Europa durch den Bau einer transkaspischen Pipeline mit Erdgas zu beliefern.« Er lädt die deutsche Seite ein sich u. a. an der Modernisierung von Infrastruktur und Kraftwerken sowie der Digitalisierung in Turkmenistan zu beteiligen. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird u. a. die gemeinsame Verpflichtung für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten festgehalten.
30.09.2023	Turkmenistan tritt formal dem Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACECA) bei.
05.10.2023	Nachdem der Meeresspiegel des Kaspischen Meeres seit 2011 um 145 cm abgefallen ist, ist der nördliche Teil der Turkmenbaschi-Bucht mittlerweile vollkommen ausgetrocknet.
07.10.2023	Der Vorsitzende von Turkmengaz, Maksat Babajew, und der irakische Premierminister Mohammed S. Al-Sudani unterzeichnen nach bilateralen Gesprächen über die Energiezusammenarbeit in Bagdad eine Abschlusserklärung über die Belieferung des Irak mit turkmenischem Erdgas. Laut turkmenischem Außenministerium wolle Irak ab 2024 jährlich zehn Mrd. Kubikmeter Erdgas aus Turkmenistan abnehmen.
09.10.2023	Laut OSZE fand die turkmenische Parlamentswahl am 26.03.2023 ohne echten Wettbewerb und Pluralismus, dafür unter strenger staatlicher Kontrolle von Medien und Internetzugang, statt.
09.10.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den nordmazedonischen Außenminister und aktuellen OSZE-Vorsitzenden Bujar Osmani in Aschgabat zu Gesprächen u. a. über Fragen »der Gewährleistung der sicheren und zuverlässigen Lieferung von Energiere Ressourcen auf die Weltmärkte, die Schaffung von Bedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die Erhöhung des Transportpotentials, des Umweltschutzes und der effizienten Nutzung von Wasserressourcen (TDH).«
09.10.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den stellvertretenden russischen Premierminister Alexei Owertschuk in Aschgabat zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit. TDH stellt im Artikel zu dem Treffen »eine positive Dynamik im bilateralen Handel, u. a. im Öl- und Gassektor« fest.
10.10.2023	Nach dem schweren afghanischen Erdbeben in der afghanischen Provinz Herat ordnet Präsident S. Berdymuchamedow die Entsendung von humanitären Hilfslieferungen in Form von Medikamenten, Lebensmitteln und Textilprodukten nach Afghanistan an.

10.10.2023	Das Parlament verleiht Präsident S. Berdymuchamedow für dessen »wertvollen Beitrag bei der erfolgreichen Umsetzung der humanen Sozialpolitik des Staates« den Arkadag-Orden.
11.10.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den türkischen Außenminister Hakan Fidan in Aschgabat zu Gesprächen über Fragen der »brüderlichen bilateralen Zusammenarbeit« in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Verkehr. Details sind nicht bekannt.

Usbekistan

12.07.2023	Schawkat Mirsijojew gewinnt die Präsidentschaftswahl vom 9.7.2023 mit über 87 % der Stimmen. Laut der zentralen Wahlkommission stimmten mehr als 13,6 Millionen Bürger für Mirsijojew, während die anderen Kandidaten weit abgeschlagen waren. Die Wahlbeteiligung betrug ca. 80 %.
12.07.2023	Laut Fergana Agency hat die Asiatische Entwicklungsbank Usbekistan einen Kredit in Höhe von 125 Millionen US-Dollar genehmigt, um die Stromübertragungsnetze in sieben Regionen Usbekistans zu modernisieren.
12.07.2023	Fergana Agency und RFE/RL berichten, dass OSZE-Beobachter die Präsidentschaftswahl in Usbekistan als technisch gut vorbereitet, aber ohne echten politischen Wettbewerb bezeichnet haben. Es gab schwerwiegende Verstöße, darunter die Aufnahme von Wählern in Ergänzungslisten ohne angemessene Schutzmaßnahmen und die Zulassung von Wählern ohne Personalausweis. Die OSZE-Beobachter bemängelten darüber hinaus die fehlende kritische Diskussion der politischen Optionen in den Medien.
12.07.2023	Die Demarkation der Staatsgrenze zwischen Usbekistan und Kasachstan wurde laut Fergana Agency erfolgreich abgeschlossen. Das Inkrafttreten des Abkommens am 4. Juli markiert das Ende eines 19-jährigen Prozesses. Insgesamt wurden 1.301 Grenzschilder entlang der 2.357 Kilometer langen Grenze angebracht.
14.07.2023	Fergana Agency berichtet, dass Usbekistan im Meinungsfreiheitsranking 2022 der britischen Menschenrechtsorganisation Article 19 den 133. Platz von insgesamt 161 Ländern erreicht hat. Dies stellt eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr dar. Dennoch wird die Meinungsfreiheit im Land weiterhin als problematisch angesehen.
21.07.2023	Usbekistan hat Fergana Agency zufolge im ersten Halbjahr 2023 Erdgas im Wert von 203,9 Millionen US-Dollar nach China exportiert.
31.07.2023	Laut Fergana Agency wurde der usbekische Blogger Olimjon Khaidarow vom Strafgericht in Kokand, Gebiet Fergana, in Untersuchungshaft genommen, nachdem er der Erpressung beschuldigt wurde. Khaidarow hat als Protest gegen seine Inhaftierung einen Hungerstreik begonnen.
03.08.2023	Präsident Mirsijojew entließ laut Fergana Agency bei einem Treffen zur Armutsbekämpfung und zur Steigerung der Haushaltseinnahmen 50 Führungskräfte, darunter Leiter von Steuerinspektionen und Bankfilialen sowie stellvertretende Khokims. Zuvor hatte Mirsijojew bereits verschiedene Beamte und Bürgermeister von ihren Posten entfernt.
23.08.2023	Bei einem Treffen zwischen Präsident Mirsijojew und dem aserbaidjanischen Präsidenten İlham Aliyev in Baku wurde die Gründung eines Obersten Zwischenstaatlichen Rates bekannt gegeben, so Fergana Agency und RFE/RL.
01.09.2023	Anlässlich des 32. Jahrestages der Unabhängigkeit Usbekistans hat Präsident Mirsijojew ein Dekret zur Begnadigung von 286 Verurteilten unterzeichnet, so Fergana Agency und RFE/RL. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof Usbekistans laut Fergana Agency 240 in der Sowjetzeit verurteilte Menschen, zumeist Angehörige der Basmatshi-Bewegung, anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer der Repression rehabilitiert.
08.09.2023	Während des agroindustriellen Investitionsforums in Samarkand hat Usbekistan Verträge im Wert von 1,88 Milliarden US-Dollar mit ausländischen Partnern unterzeichnet.
18.09.2023	RFE/RL berichtet, dass Karakalpakstan-Aktivistinnen, die auf Antrag Usbekistans festgenommen wurden, aus der Untersuchungshaft in Kasachstan entlassen wurden. Die Aktivistinnen wurden nach 40 Tagen Haft freigelassen. Sie waren in Usbekistan aufgrund des Vorwurfs des »Eingriffs in die verfassungsmäßige Ordnung« gesucht worden, nachdem sie in Kasachstan Asyl beantragt hatten.
25.09.2023	Usbekistan wird ab dem 1. Oktober russisches Gas mit einer täglichen Fördermenge von neun Millionen Kubikmetern importieren. Dies erfolgt nach dem Abschluss eines Zweijahresvertrags mit Gazprom der eine jährliche Fördermenge von ca. 2,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas vorsieht.
28.09.2023	Bei einer Explosion in einem Lagerhaus im Taschkenter Bezirk Sergeli wurde ein 16-jähriger Junge getötet und 163 Menschen verletzt, so RFE/RL.
29.09.2023	Präsident Mirsijojew nimmt in Berlin zusammen mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan, Tadschikistan und Kasachstan sowie dem turkmenischen Volksratsvorsitzenden an einem multilateralen Treffen zuerst mit dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und anschließend mit Bundeskanzler Scholz im Format C5+1 teil. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen zur Konnektivität zwischen Europa und Zentralasien, Energie, Sicherheit und Klimawandel. In der gemeinsamen Abschlusserklärung wird u. a. die gemeinsame Verpflichtung für die Wahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten festgehalten.

02.10.2023	Am Vorabend des Staatsbesuchs von Präsident Mirsijojew in Katar wurde die usbekische Botschaft in Doha eröffnet. Während des Staatsbesuchs führte Mirsijojew laut RFE/RL Gespräche mit Vertretern katarischer Unternehmen über gemeinsame Projekte im Energie- und Infrastruktursektor sowie die Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen Usbekistan und Katar.
05.10.2023	Im Rahmen seines dreitägigen Staatsbesuchs in Russland hat Präsident Mirsijojew den russischen Premierminister Michail Mischustin getroffen und laut RFE/RL die Notwendigkeit eines gemeinsamen Entwicklungsfonds für beide Länder betont. Die bilateralen Beziehungen wurden als umfassende strategische Partnerschaft und Bündnis bezeichnet, mit betonten Fortschritten in Handel, Digitalisierung des Gesundheitswesens, Bildung und Städtebau.
06.10.2023	Während eines Treffens zwischen Präsident Mirsijojew und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wurden laut Fergana Agency soziale Garantien für usbekische Arbeitsmigranten in Russland diskutiert, ohne jedoch weitere Details zu den getroffenen Entscheidungen zu nennen. Beide Staatschefs betonten die positiven Entwicklungen in den russisch-usbekischen Beziehungen, darunter einen Anstieg des Handelsumsatzes und die Unterzeichnung von Vereinbarungen im Wert von 3,5 Milliarden US-Dollar bei einem Forum für interregionale Zusammenarbeit.
15.10.2023	Laut Fergana Agency plant Usbekistan, bis Ende des Jahres eine Regierungsdelegation nach Afghanistan zu entsenden, um Gespräche mit den Taliban über den im Bau befindlichen Kosch-Tepa-Kanal durchzuführen. Dieser Kanal wird erhebliche Auswirkungen auf die Wasserverteilung im Amu-Darja-Becken haben.
16.10.2023	Die 25. Sitzung der Generalversammlung der Welttourismusorganisation (UNWTO) fand in Samarkand statt. Präsident Mirsijojew betonte laut Fergana Agency die historische Bedeutung dieses Ereignisses für Zentralasien und hob Usbekistans Erfolge im Tourismus hervor.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
 Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

X, TWITTER, TWEET, RETWEET und das X Logo sind eingetragene Markenzeichen von X-Corp. oder angeschlossenen Unternehmen.